

Heinz Hürten: Die Kirchen in der Novemberrevolution. Eine Untersuchung zur Geschichte der Deutschen Revolution 1918/19. Eichstätter Beiträge, Bd. 11, Abt. Geschichte. Regensburg, Verlag Friedrich Pustet 1984. 178 S., kt.

Die Absicht dieser Studie ist es, die Einstellung *beider* Kirchen gegenüber der Revolution von 1918/19 darzustellen (7–9). Zu Recht verweist H. auf die konservative Prägung sowohl der evangelischen als auch der katholischen Kirche, die allerdings nicht mit Immobilität verwechselt werden darf (10–18). Dabei drängten die Katholiken gewiß auf eine Verbesserung ihres rechtlichen Status im Kaiserreich; aber die Kritik am Staatskirchentum und die Forderung nach mehr Freiheit der Kirche gegenüber dem Staat war in liberalen ebenso wie in orthodoxen evangelischen Kreisen doch wohl verbreiteter, als es in dieser knappen Darstellung zum Ausdruck kommt.

Auch die Sozialdemokratie traf die Revolution unvorbereitet (18–27); und sicher ist die Feststellung richtig, daß sie in dieser Situation dazu neigte, auf traditionelle Konzepte zurückzugreifen. Die Ernennung des freireligiösen Mitglieds der USPD, Adolph Hoffmann – neben Konrad Haenisch von der MSPD –, zum Leiter der Kulturpolitik in Preußen wies jedenfalls in diese Richtung. Aber gleichzeitig muß man sehen, will man die historischen Gegebenheiten ins Auge fassen und nicht nur die damaligen Sorgen und Ängste der Kirchen verstehen, daß die Führung der Sozialdemokratie 1918 an religiösen Fragen nur am Rande interessiert und jedenfalls nicht auf freidenkerische Positionen festgelegt war.

Die beiden folgenden Kapitel über die ersten Reaktionen der Kirchenbehörden (27–37) sowie die kulturpolitische Offensive der Revolutionsregierungen (37–74) formulieren die Hauptthese des Buches: Die Kirchen erklärten ihre Bereitschaft, sich auf den Boden der neuen Verhältnisse zu stellen und verantwortlich mitzuarbeiten; die neuen Herrscher dagegen attackierten die Kirchen und suchten sie zu unterdrücken. H. vermag, was das Letztere anbelangt, sehr wohl zu differenzieren. Den offenkundigen Lernprozeß in der Sozialdemokratie und insbesondere bei Konrad Haenisch qualifiziert er jedoch eher als fintenreiche Taktik ab. Vor allem aber vereinfacht er in einer m. E. unzulässigen Weise die Bereitschaft der Kirchen zur Mitarbeit unter den veränderten Verhältnissen. Der Satz, daß beide Kirchen jetzt darin übereinstimmen, „die alte Ordnung als vergangen anzusehen und bei unverbrüchlicher Wahrung des eigenen Charakters der Kirche einer politischen Neugestaltung nicht hindernd entgegenzutreten“ (37), ist in dieser Form sicherlich nicht richtig. H. selbst spricht von der Unvereinbarkeit von Christentum und Sozialismus, die die Bischöfe der niederrheinischen Kirchenprovinz den Gläubigen am 8. Januar 1919 erneut einschärften (62); und Winfried Becker hat jüngst noch einmal darauf hingewiesen, daß die katholische Lehre „zwischen der Form und dem Ziel, Zweck, Telos des Staates“ sehr genau zu unterscheiden pflegt (W. B., Kirche und Staat, in: Zs. für Bayerische Landesgeschichte 49, 1986, 169–185, hier 171 f.). In analoger Weise gilt das für die evangelischen Kirchenleitungen: Sie waren bereit, an der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung im Staatswesen mitzuwirken; aber sie dachten nicht entfernt daran, die Revolution voranzutreiben, noch auch, sich für eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft einzusetzen. Wie aber kann man dann ernsthaft von der Bereitschaft der Kirchen sprechen, sich einer „politischen Neugestaltung“ nicht zu widersetzen, die doch – *rebus sic stantibus* – nur mit und keinesfalls gegen die Sozialdemokratie realisierbar war?

Aufgrund dieser ungenauen Beschreibung der politischen Voraussetzungen für die Möglichkeit einer Kooperation der Kirchen mit den Revolutionsregierungen geraten die folgenden Ausführungen, in denen die Kirchenleitungen von einem neuen Kulturkampf sprachen und in diesem Sinne auch agierten (74–101), im wesentlichen zu einem Schuldvorwurf an die Adresse der Sozialdemokratie. Wieviel an beharrenden und restaurativen, wenn nicht sogar reaktionären Momenten bei diesen Attacken auf die neuen Machthaber mit im Spiel war, wird nicht reflektiert. Es mutet eigenartig an, wenn einerseits Katholiken die Sorge äußerten, daß „unser liebes Bayernland den Charakter eines christlichen Staats nicht verliere“ (83), und dann andererseits von der Enttäuschung und dem Verlust an Vertrauen die Rede ist, die die Revolutionsregierungen sich zuzogen (101). Fraglos dachten damals viele überzeugte Christen in beiden Konfes-

sionen so. Aber müssen darum heute die Fakten des neuzeitlichen Prozesses der Modernisierung und damit auch der Säkularisierung unberücksichtigt bleiben?

Von den Reaktionen des Kirchenvolkes ist sodann kenntnisreich die Rede (101–119) und knapp von der Behandlung der Kirchenfrage in der Publizistik (119–125). Ob man hier von einer „Revolutionsgeduld“ (108, so auch 128) sprechen kann, erscheint mir fraglich, suggeriert der Begriff doch wieder ein angeblich zunächst vorhandenes Vertrauen der Kirchen gegenüber den neuen Machthabern, das diese dann durch ihr kulturkämpferisches Vorgehen zerstört hätten. Daß diese Ereignisse das Verhältnis der Kirchen zur Sozialdemokratie erheblich belasteten, ist keine Frage. Wohl aber scheint es mir sehr die Frage zu sein, ob sich daraus allein oder doch primär die dauerhafte Ablehnung der Weimarer Republik in breiten kirchlichen Kreisen beider Konfessionen ableiten läßt. Wer die im Wahlkampf zur Nationalversammlung von den bürgerlichen Parteien vorgebrachten Argumente und Zielsetzungen mit in den Blick nimmt und vollends die politische Entwicklung seit 1920, dem Jahr, in dem Sozialdemokratie bereits endgültig ihre parlamentarische Mehrheit verlor, wird in dieser Hinsicht wohl zurückhaltender urteilen.

Gießen

Martin Greschat

F.-M. Balzer, K. U. Schnell: Der Fall Eckert. Zum Verhältnis von Protestantismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik. Köln (Röderberg) 1987. 217 S.

Neben einer Reihe von Zeitschriftenaufsätzen mehr oder weniger großen Umfangs hat F.-M. Balzer, Studienleiter (und zeitweilig auch Lehrbeauftragter für Kirchliche Zeitgeschichte) in Marburg, jüngst, gemeinsam mit dem Theologen K. U. Schnell, eine zweite Buchveröffentlichung über Erwin Eckert nach seiner 1973 erschienenen politischen Dissertation (bei W. Abendroth)¹ vorgelegt. Im Mittelpunkt steht diesmal der (1973 weitgehend ausgeklammerte) „Fall Eckert“, d. h. die kirchengerichtliche Auseinandersetzung zwischen dem damaligen Mannheimer Pfarrer und dem Evangelischen Oberkirchenrat Karlsruhe, die im Dezember 1931 mit E.'s definitiver Dienstentlassung endete.

Gestützt zumeist auf bislang unveröffentlichtes Archivmaterial, nimmt die Darstellung des „Falls“ bei E.'s aufsehenerregendem Auftreten auf dem (Augsburg-)Nürnberg Kirchentag vom Juni 1930 ihren Ausgang. E., einziger Religiöser Sozialist (und wohl auch einziger Sozialdemokrat) in diesem „Kirchenparlament“, erregte mit seiner Weigerung, einer „Kundgebung gegen die Christenverfolgung in Rußland“ zuzustimmen, und der dafür gegebenen Begründung derartiges Mißfallen, daß er zu seinem eigentlich beabsichtigten Redebeitrag (zum Thema „Kann die evangelische Kirche erneuert werden?“) gar nicht mehr das Wort erteilt bekam. Danach wird eine (eindrucksvolle) Kurzbiographie E.'s mit Angaben über Herkunft, Studium, Teilnahme am 1. Weltkrieg mitsamt dessen Auswirkungen auf das kirchliche und politische Engagement des badischen Vikars und späteren Pfarrers bis Anfang 1931 geboten (Kap. 1: „Erwin Eckert – Pfarrer und Sozialist“ [S. 7–44]). Im folgenden versuchen die Verf., den Hintergrund des Konflikts E.'s mit der badischen Kirchenleitung auszuloten, indem sie einmal die kirchlich-kirchenpolitischen Verhältnisse in Baden (Kap. 2: „Die badische Kirche und der Faschismus“ [S. 45–71]) und zum andern den Kampf E.'s und seines „Bundes der religiösen Sozialisten“ gegen den vordringenden Nationalsozialismus beleuchten (Kap. 3: „Der Kampf gegen den Faschismus: Erwin Eckert und der Bund der religiösen Sozialisten“ [S. 72–97]). Schließt sich die Nachzeichnung des Konfliktes selbst an, dessen Ausgangspunkt E.'s Auftreten in einer in wüsten Krawallen mündenden Kundgebung der SPD-Ortsgruppe Neustadt a. d. Haardt (17. 12. 1930) bil-

¹ F. M. Balzer, *Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands*, Köln (Pahl-Rugenstein) 1973.